



Presseschau vom 19.01.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Andrej Koz: Technik mit Fragezeichen: Kompakte Kernreaktoren aus dem Pentagon

Für die Streitkräfte der Vereinigten Staaten sollen kompakte Kernreaktoren entwickelt werden, lautet eine Anordnung von Donald Trump. Der scheidende US-Präsident hat das Dokument kürzlich unterzeichnet. Also wird das amerikanische Militär die Kernkraft zum ersten Mal seit einem halben Jahrhundert auch in anderen Domänen nutzen als nur zur See. ... <https://snanews.de/20210119/pentagon-kernenergie-technologien-581705.html>

Paul Linke: Krankenhaus-Schließungen: „Corona-Helden kriegen jetzt Nackenschläge“ – Ex-Klinikchef im Interview

Kaum zu glauben, aber wahr: Mehr als ein Dutzend Krankenhäuser haben im Jahr der Corona-Pandemie bundesweit dichtgemacht. Klaus Emmerich, ehemaliger Krankenhauschef und Mitbegründer des „Bündnisses Klinikrettung“, versteht die Welt nicht mehr. Er fordert von der Bundesregierung: „Jegliches Kliniksterben sofort aussetzen!“ ... <https://snanews.de/20210119/krankenhaus-corona-schliessungen-582511.html>

snanews.de: Keine Info selbst für Bundestagsmitglieder: Gysi und Neu verdächtigen Bundesregierung bei Nawalny

Abgeordnete der Linksfraction im Bundestag hatten Anfang Dezember Fragen zum Umgang Deutschlands mit den Rechtshilfeersuchen Russlands zur versuchten Vergiftung von Alexej Nawalny in Russland an die Bundesregierung gestellt. Die Bundesregierung habe aber „im

Wesentlichen nicht geantwortet“, kritisieren nun die Abgeordneten.

<https://snanews.de/20210119/informationspflicht-nawalny-588951.html>

Pierre Lévy: Die Angst der Oligarchen: Die EU und die Veränderungen in den USA

Die Amtseinführung des neuen US-Präsidenten rückt näher, der alte wehrt sich gegen seine Abwahl, seine Anhänger stürmten das US-Kapitol... Veränderungen in den USA lassen die EU-Politiker hysterisch reagieren. Sie brauchen die USA als transatlantisches Korrektiv. ...

<https://kurz.rt.com/2ed6>

abends/nachts:

snanews.de: Kein neuer Krieg seit Jahrzehnten: Pence stolz auf scheidende US-Regierung

US-Vizepräsident Mike Pence hat die Regierung des scheidenden US-Präsidenten Donald Trump in einem Tweet gelobt.

„Ich bin stolz darauf, in den wenigen verbleibenden Tagen in der US-Regierung mitteilen zu dürfen, dass unsere Regierung die erste seit Jahrzehnten ist, die Amerika in keinen neuen Krieg verwickelt hat. Das ist Frieden durch Stärke“, schrieb der scheidende US-Vizepräsident am Montag.

Im Januar war von einem Zwiespalt zwischen Trump und Pence berichtet worden. Der amtierende US-Präsident soll seinen Vize nämlich dazu aufgerufen haben, das Gesetz zu brechen und in die Auswertung der Stimmen des Wahlmännergremiums einzugreifen. Nach Angaben des US-Senders „NBC News“ hat Mike Pence zudem beschlossen, an der Amtseinführung des gewählten Präsidenten Joe Biden am 20. Januar teilzunehmen. Der abgewählte US-Präsident Donald Trump hingegen hatte verkündet, der Zeremonie fernzubleiben.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/01/12/575199_0:160:3072:1888_1440x0_80_0_0_1fedc6f502aee6bfc0ea2bb041fdb3f4.jpg

snanews.de: Stoltenberg: Russland hat kein Recht zu Einmischung in Nato-Erweiterung

Russland sollte laut dem Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg den Beitritt bestimmter Länder zu der Allianz nicht beeinflussen, da es sich dabei um souveräne Staaten handelt.

„Die Frage des Nato-Beitritts betrifft direkt das Kandidatenland und die Nato. Russland hat kein Recht, sich in den Prozess einzumischen oder ihn zu blockieren“, erwiderte Stoltenberg auf einer Video-Konferenz des Pariser Instituts für Internationale Beziehungen auf einen Kommentar, dass die Nato-Erweiterung die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen

verschlechtern könnte.

Er wies ebenso die Behauptung zurück, dass sich die Nato aggressiv verhalte, indem sie die Staaten, die zuvor Mitglieder des Warschauer Pakts waren, in ihre Reihen aufnahm.

Stoltenberg zufolge ist die Rede nicht „von der Osterweiterung der Nato“.

Diese Länder hätten selbst durch demokratische Verfahren entschieden, der Allianz beizutreten.

„Wir verpflichten niemanden, der Nato beizutreten. Beispielsweise Schweden und Finnland sind unsere Nachbarn, sie wollen der Nato nicht beitreten, und wir respektieren das“, fügte der Nato-Chef hinzu.

Soltenberg zufolge haben die baltischen Staaten, Rumänien, Bulgarien und andere Staaten selbstständig beschlossen, der Nato beizutreten. Sie hätten die Einhaltung der Standards bestätigt und seien Mitglieder des Bündnisses geworden.

Der Generalsekretär kommentierte auch die Beziehungen der Allianz zu Georgien und der Ukraine. „Georgien will der Nato beitreten, und Russland kann dies nicht verhindern. Ob Georgien der Nato beitrifft oder nicht, geht ausschließlich Georgien und das Bündnis an“, unterstrich Stoltenberg.

Ihm zufolge unterstützt die Nato diese Länder, leistet ihnen Beistand, einschließlich der Durchführung gemeinsamer Übungen.

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 18. Januar 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: Nord Stream 2: Deutschland äußert sich zu neuen US-Sanktionsplänen

Am heutigen Dienstag werden die USA wohl offiziell Sanktionen gegen die Gas-Pipeline Nord Stream 2 verkünden. Konkret geht es um die Restriktionen gegen das russische Rohrlegeschiff „Fortuna“ und deren Eigner.

Berlin sieht mit Bedauern die Bemühungen der USA, das Projekt auf den letzten Metern zu stoppen und stuft die Sanktionen als rechtswidrig ein.

„Wir nehmen das mit Bedauern zur Kenntnis“, zitiert die Deutsche Presse-Agentur eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums.

Über die Sanktionspläne habe am Montag die US-Botschaft in Berlin informiert. Als Grundlage wurde der „Countering America’s Adversaries Through Sanctions Act“ (CAATSA, Gesetz über Gegenwirkung Amerikas Gegner durch Sanktionen) angegeben. Bislang wurde dieses Gesetz nicht angewendet. Nun werden US-Strafmaßnahmen auf alle Unternehmen ausgeweitet, die mit Nord Stream 2 zusammenarbeiten.

Aus der US-Botschaft verlautete diesbezüglich, man sei „weiterhin entschlossen, alle notwendigen und angemessenen Schritte zu unternehmen, um die Nord-Stream-2-Pipeline zu stoppen, die wichtige nationale Interessen unserer europäischen Verbündeten und der Vereinigten Staaten bedroht“.

Wie der Sprecher Joseph Giordano-Scholz der dpa sagte, hoffen die USA, dass Deutschland seine Position zu der Pipeline vor dem Hintergrund der Festnahme des kremlkritischen Bloggers Alexej Nawalny nach seiner Rückkehr in Russland neu bewerten wird.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/01/13/576487_0:0:3072:1728_1440x0_80_0_0_2cf893b3636f34612696afb65df9cb1a.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 18. Januar 3:00 Uhr bis 19. Januar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Richtung Donezk: Schusswaffen – einmal.

Richtung Mariupol: Mörser 82mm – einmal (2 Mörsergeschosse); Schusswaffen – einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Alexandrowka, Petrowskoje, Leninskoje.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 2.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurden fünf Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snaneews.de: Abgang von Schneelawine im russischen Skiort Dombai: Vier Menschen lebend gefunden

Vier Touristen, die nach dem Abgang einer Schneelawine in dem Skigebiet Dombai in der russischen Teilrepublik Karatschai-Tscherkessien im Nordkaukasus als vermisst galten, sind von Rettungskräften lebend gefunden worden. Das teilte der Vize-Leiter der regionalen Katastrophenschutzbehörde Anton Schachbasjan am Dienstag mit.

„Vier Bürger, zu denen nach Angaben ihrer Verwandten kein Kontakt hergestellt werden konnte, wurden letztlich gefunden“, sagte Schachbasjan in einem auf Instagram veröffentlichten Video.

Ihm zufolge wurden alle Hotels in der Ortschaft Dombai überprüft. Alle Gäste hielten sich in ihren Zimmern auf.

Am Montag war eine Schneelawine im Skigebiet Dombai abgegangen. Nach vorläufigen Angaben könnten sich zum Zeitpunkt des Abgangs der Lawine vier bis zwölf Menschen dort befunden haben.

Laut Medienberichten konnten Angehörige des Zivilschutzministeriums sechs von ihnen retten. Zudem sei eine Person tot geborgen worden.

Republikchef Raschid Temresow traf am Ort des Geschehens ein, wo er eine Sitzung des

Einsatzstabs durchführte. Ihm zufolge sind mehr als 200 Menschen - Rettungskräfte, Polizeibeamte und Freiwillige - bei der Rettungsaktion im Einsatz. In dem Fall wird zurzeit ermittelt. Die Hauptverwaltung des russischen Ermittlungsausschusses verfolgt den Verlauf der Ermittlungen.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/01/13/577027_0:99:3463:2047_1440x0_80_0_0_81a62239dda6a5076c334fc1bd7e1450.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 19. Januar um 9:00 Uhr 2391 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt. Davon wurden bis 1933 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen. Seit Beginn der Pandemie gibt es 206 Todesfälle.

snaneews.de: **Türkei verbietet lokalen Unternehmen Werbung auf Twitter**

Ankara hat lokalen Unternehmen verboten, Werbung auf Twitter zu schalten, da die US-Plattform nach dem neuen Gesetz zur Regulierung sozialer Netzwerke keinen Repräsentanten in der Türkei ernannt hat. Diese Verordnung der Regulierungsbehörde wurde im Amtsblatt „Resmi Gazete“ am Dienstag veröffentlicht.

Unternehmen, die auf Twitter, Periscope und Pinterest Reklame verbreiten, müssen mit hohen Bußgeldern rechnen, hieß es. Wie der Vizechef des türkischen Ministeriums für Transport und Infrastruktur am Montag mitteilte, beschlossen Facebook und Instagram, den Forderungen nachzukommen und Büros in der Türkei zu eröffnen.

Im November wurden die sozialen Netzwerke Facebook, Instagram, Twitter, YouTube, Periscope und TikTok von den türkischen Behörden mit einer Geldstrafe von zehn Millionen türkischen Lira (umgerechnet etwa 1,2 Millionen US-Dollar) belegt, weil sie nicht rechtzeitig Informationen über ihre Vertreter im Land geliefert hatten.

In der Türkei ist im Oktober ein Gesetz über soziale Netzwerke in Kraft getreten. Es bestimmt, dass Social-Media-Anbieter mit täglich mehr als einer Million Nutzern Niederlassungen in der Türkei eröffnen müssen. Als Repräsentant muss dabei ein türkischer Staatsbürger ernannt werden.

Die Plattformen müssen nun von türkischen Behörden als beleidigend oder diffamierend angesehene Inhalte binnen 48 Stunden ohne Gerichtsentscheidung entfernen. Bei Nichterfüllung werden hohe Geldbußen verhängt und das Datenvolumen erheblich reduziert. Außerdem müssen die Plattformen die Daten türkischer Nutzer auf Servern in der Türkei speichern.



https://cdn.snaneews.de/img/07e5/01/13/579796_0:48:2811:1629_1440x0_80_0_0_7bbe8049c12713f68432cba4ec78676a.jpg

мздр.рус: Am 18. Januar wurden in der DVR 696 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 234 positiv, bei 10 Patienten erfolgte die Diagnose COVID-19 klinisch.

Am 19. Januar um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 18.149 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

6383 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 10.162 als gesund entlassen, es gibt 1604 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 86 Fälle von Lungenentzündung diagnostiziert, 33 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 67 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1777 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 687 mit Sauerstoffunterstützung (+17 in den letzten 24 Stunden).

nachmittags:

snaneews.de: **„Will nach Weißrussland zurück“ – Tichanowskaja bittet OSZE um Hilfe**

Die weißrussische Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja, die seit Monaten im Exil in Litauen lebt, will nach eigenen Worten in die Heimat zurückkehren, fürchtet jedoch um ihre Sicherheit. Deshalb benötige sie Hilfe der OSZE, erklärt die Ex-Präsidentschaftskandidatin. „Zusammen mit der internationalen Gemeinschaft möchte ich Möglichkeiten finden, um sicher nach Weißrussland zurückzukehren“, sagte die 38-Jährige am Montag bei einem Online-Treffen mit OSZE-Botschaftern von EU-Staaten.

„Da gegen mich zwei Strafverfahren mit zwischenstaatlicher Fahndung laufen, sind für meine Rückkehr spezielle Garantien nötig“, wird die Politikerin auf ihrer Website zitiert.

Tichanowskaja, die in Weißrussland und Russland zur Fahndung ausgeschrieben ist, rief die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und weitere internationale Organisationen dazu auf, ihr und „anderen Führern demokratischer Kräfte bei einer sicheren Heimkehr zu helfen“.

Der weißrussische Langzeitpräsident, Alexander Lukaschenko, war bei der jüngsten Präsidentenwahl am 9. August nach amtlichen Angaben mit mehr als 80 Prozent der Stimmen für eine sechste Amtszeit gewählt worden. Die Opposition sprach von Wahlbetrug und erklärte ihre Kandidatin Tichanowskaja zur Siegerin, die das Land verlassen musste.

Auf Anregung der im Exil lebenden Ex-Präsidentschaftskandidatin gründete die Opposition

einen Koordinierungsrat, der eine Machtübergabe vorbereiten soll. Gegen die Köpfe des Gremiums laufen ebenso wie gegen Tichanowskaja selbst Ermittlungsverfahren. Ihnen wird die Gründung einer „extremistischen Formation“ zwecks „verfassungswidriger Machtergreifung“ zur Last gelegt.

In Weißrussland gibt es seit der Präsidentenwahl regelmäßig Proteste, die von den Ordnungskräften teilweise niedergeschlagen werden. Insgesamt kamen bislang Zehntausende Demonstranten in Polizeigewahrsam. Allein am vergangenen Wochenende gab es in Minsk nach Polizeiangaben 30 Festnahmen. Die Europäische Union hat Sanktionen gegen Lukaschenko und andere Personen sowie gegen Unternehmen verhängt.



https://cdn.snnews.de/img/07e4/0c/0b/120525_0:181:2821:1768_1440x0_80_0_0_c7942d8987401e11c82df4dcc89c22d6.jpg

Armijadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 19. Januar 2021**

In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **dreimal den Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstands verletzt** und dabei auch Mörser eingesetzt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 28. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Marjinka das Gebiet von **Alexandrowka** mit Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Strafsoldaten des 2. Panzergrenadierbataillons der 53. Brigade im Gebiet von Bogdanowka auf Befehl des Brigadekommandeurs Titenko zwei Mörsergeschosse des Kalibers 82mm auf die Umgebung von **Petrowskoje** abgefeuert.

Außerdem wurde von den Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU im Gebiet von Wodjanoje das Feuer mit Schusswaffen in Richtung **Leninskoje** eröffnet.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Strafsoldaten von den Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU im Gebiet von Wodjanoje zweimal **Leninskoje** mit automatischen Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Die Verteidiger der Republik sind auf die Provokationen nicht eingegangen, haben den Feind weiter beobachtet und dabei streng den geltenden Waffenstillstand eingehalten.

Die Verstöße wurden operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, um Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen und um die Fälschung von Berichtsdaten über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer zu verhindern.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen elf Stück **Waffen und Militärtechnik der BFU in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen**

Objekten auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium stationiert sind.

Aus dem Bestand der 35. Marineinfanteriebrigade:

drei 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“ in der Nähe von Iljinowka.

Aus dem Bestand der 28. mechanisierten Brigade:

ein Schützenpanzer in einem Wirtschaftsgebäude eines privaten Hauses am Rand von Krasnogorowka;

vier Schützenpanzer und ein Schützenpanzerwagen auf dem Territorium eines Hauses in einem Wohngebiet von Georgijewka.

Aus dem Bestand des 3. Panzergrenadierbataillons der 72. mechanisierten Brigade:

zwei Schützenpanzerwagen auf der Sobornaja-Straße in Awdejewka.

Die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte sind weiter eine Gefahr für Leben und Gesundheit örtlicher Bürger und **behindern das Monitoring der Patrouillen der OSZE-Mission.**

So haben Soldaten des 3. Bataillons der 28. Brigade 185 **Antipanzermine auf allgemeinen Straßen und in unmittelbarer Nähe von Wohnhäusern in Krasnogorowka installiert**, ohne Schilder über die Minengefahr aufzustellen. Die Einwohner können die Ortschaft nicht verlassen und haben Angst, sich auf den Straßen zu bewegen, da sie befürchten auf ukrainische Minen zu geraten.

Wir rufen die Vertreter der OSZE-Mission auf, nicht nur die Fälle von Verminung zu erfassen, sondern auch Maßnahmen gegen die Schuldigen zu ergreifen, um für die Bürger einen sicheren Verkehr zu gewährleisten sowie Tod und Verletzung friedlicher Einwohner zu verhindern.

Außerdem wurde auf den ehemaligen Positionen der BFU im Gebiet des Trennungsabschnitts in Bogdanowka ein weiteres Mal die Fahrt von zwei Autos aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade der BFU bemerkt. Ukrainische Kämpfer des 2. mechanisierten Bataillons frieren angesichts des Fehlens von Heizstoff für das Personal weiter. Im Zusammenhang mit hat der Kriegsverbrecher Titenko befehle, Brennholz in diesem Gebiet zu schlagen.

Wir haben erneut die **Anwesenheit von Kämpfern auf dem Trennungsabschnitt**

festgestellt. Wir rufen die Beobachter der OSZE auf, Druck auf das Kommando der 53.

Brigade auszuüben und Fälle von Anwesenheit von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Bodganowka zu verhindern.

Nach dem Vorfall am 17. Januar in einem Feldartillerielager der 36. Brigade in Mangusch, an dem ein Schaden an der Absperrung über eine Länge von 15 Metern festgestellt worden war, ist in dem Verband eine komplexe Kommission des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ eingetroffen, um die Ursache zu ermitteln. Bei einer vorläufigen Ermittlung wurde festgestellt, dass über den beschädigten Abschnitt der Absperrung im Zeitraum von Dezember bis jetzt von Leiter des Raketenartillerielagers Material herausgebracht worden war.

Insgesamt wurden 15 Panzerwesten „Korsar-M3“, 10 Stahlhelme „TOP“, 11 Granaten F-1, 3 Nachtsichtgeräte amerikanischer Produktion AN/PVS-14, zwei Pistolen PM, 3

Maschinengewehre AKS-7eU und 1080 Patronen des Kalibers 5.45mm gestohlen. Der Brigadekommandeur Gnatow wurde beauftragt, bis zur Ankunft einer der Kontroll- und Revisionsabteilung des Verteidigungsministeriums der Ukraine in dem Verband Maßnahmen zur Wiederbeschaffung des fehlenden Materials zu unternehmen.

In den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte wächst nach wie vor die Zahl nicht kampfbedingter Verluste.

Von einer Quelle im Stab der Besatzungskräfte wurde uns bekannt, dass das Kommando der 35. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eine Ermittlung zu einem Fall durchführt, wo ein Soldat des 18. Marineinfanteriebataillons im Gebiet von Nowgorodskoje eine Schussverletzung erlitten hatte. Die Verletzung erlitt der Gefreite Medwedew in der Folge unvorsichtigen Umgang mit der Waffe in betrunkenem Zustand. Inzwischen ist in dem Verband eine Kommission des militärischen Rechtsordnungsdienstes eingetroffen, um

Prophylaxe gegen Alkohol- und Drogenkonsum zu betreiben.

Ein weiterer Vorfall geschah in einer der Einheiten der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Lomakino. Bei der Durchführung von Maßnahmen zur Räumung von Schnee und zur Bergung von Technik, die im Schnee stecken geblieben war, wurde ein SIL-131-Fahrzeug entdeckt, in dem sich die Leiche eines Soldaten des 501. Marineinfanteriebataillons befand. Die Todesursache war eine Rauchgasvergiftung.

snanews.de: **Kirgisistan verzichtet auf Pfizer-Impfstoff gegen Covid-19**

Kirgisistan wird auf den Corona-Impfstoff von Pfizer verzichten, weil das Land keine Kühlschränke für dessen Lagerung hat. Dies gab der Gesundheitsminister Alymkadyr Bejschenalijew bekannt.

„Uns wurde der US-amerikanische Impfstoff von Pfizer angeboten. Der Impfstoff muss jedoch bei einer Temperatur von -70 Grad gelagert werden. Man wollte uns mehr als eine Million Dosen kostenlos zur Verfügung stellen. Um diese zu liefern, zu lagern und die Bevölkerung zu vakzinieren, brauchen wir spezielle Kühlschränke. Aber wir haben keine solchen Kühlschränke“, sagte der Minister in einem Interview mit dem staatlichen Rundfunksender Birinchi Radio.

Bejschenalijew zufolge kostet ein Kühlschrank, der eine solche Temperatur halten kann, etwa 4000 US-Dollar.

Für die Versorgung mit dem Impfstoff von Pfizer sind weitere zwei Millionen US-Dollar für Materialien erforderlich. Leider gibt es kein solches Geld im Staatshauhalt“, äußerte er. Derzeit verhandle Kirgisistan mit der russischen Regierung über Lieferungen einer russischen Vakzine an das Land, die bei Temperaturen von -2 bis -18 Grad Celsius aufbewahrt werden kann.

Die ersten Covid-19-Infektionen waren im März 2020 in Kirgisistan gemeldet worden. Insgesamt wurden in dem Land mit einer Bevölkerung von etwa 6,5 Millionen Einwohnern 83.268 Corona-Fälle und 1390 Corona-Todesfälle registriert.



https://cdn.snanews.de/img/07e5/01/11/557806_0:0:3205:1804_1440x0_80_0_0_eae846b99b3f0ca0a001efcb93aa91c8.jpg

Mil-lnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij**

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden in den letzten 24 Stunden **keine Feuerprovokationen** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen stationiert der Gegner weiter **Waffen und Militärtechnik in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium.

Im Verantwortungsbereich der 59. Brigade wurde die Stationierung von einem gepanzerten Aufklärungs- und Spähfahrzeug in Luganskoje bemerkt.

Im Verantwortungsbereich der 14. Brigade wurde die Stationierung von drei Schützenpanzern im Gebiet von Krymskoje festgestellt. ...

snanews.de: **Staatsduma-Vorsitzender hält Rede: US-Wahl, Nawalny und Schweigen von EU-Parlament auf Agenda**

Der Vorsitzende (Sprecher) der russischen Staatsduma (Unterhaus des Parlaments) Wjatscheslaw Wolodin hat sich bei der Eröffnung der Frühjahrssitzung zur aktuellen Lage in den USA sowie zur Situation um den russischen Blogger Alexej Nawalny geäußert.

Mit Hinblick auf die US-Wahl nannte Wolodin das Geschehen in den Vereinigten Staaten einen Angriff auf Rechte und Freiheiten: „Kollegen, denken Sie nochmals daran, was geschehen ist: Dem amtierenden Präsidenten, für den knapp 75 Millionen Amerikaner stimmten, und seinen Anhängern (...) wurde die Meinungsfreiheit entzogen.“ Hier verwies er auf die Sperrung von Konten in den sozialen Netzwerken.

Soziale Netzwerke

Darüber hinaus erinnerte Wolodin daran, dass Twitter und Facebook den Präsidenten Trump blockiert hätten. Das sei ein direkter Angriff auf fundamentale Rechte und Freiheiten der Amerikaner. Es sei wichtig, dass sich dieser Wahnsinn seitens der amerikanischen sozialen Netzwerke auf dem Territorium Russlands nicht wiederholen werde.

Während seiner Rede schlug er vor, Anregungen für das Komitee für internationale Angelegenheiten der Staatsduma vorzubereiten, „damit internationale Organisationen die entstandene Situation um die Meinungsfreiheit analysieren und Entscheidungen erarbeiten, um dies in Zukunft verhindern zu können“.

„(...) Wir müssen diese Arbeit initiieren und alles Mögliche dafür tun, dass die internationalen Organisationen endlich aufwachen.“

Deren Schweigen spreche nicht nur für Schwäche, sondern auch für Doppelstandards.

In diesem Zusammenhang hob er das Schweigen des EU-Parlaments hervor, das „sofort mit unterschiedlichen Erklärungen zu Russland, zur Situation in der Ukraine, Venezuela, Weißrussland und Hongkong auftrat“.

„Dasselbe ist auch in deren Erklärung zur Person zu finden, die aus Deutschland zu uns geschleust wurde. Hier sehen wir zuvor koordinierte Handlungen“, betonte der Politiker. Dabei forderte er die EU-Länder dazu auf, bei der Auflösung von Demonstrationen vom Einsatz von Gummikugeln, Gas und Wasserwerfern im Winter abzusehen und verglich die Vorgehensweise „mit Folter aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs“.

US-Wahl

Wolodin kritisierte das US-Wahlsystem und erklärte, dass das Land mit solchen Wahlstandards nicht berechtigt sei, etwas aufzudrängen und sich in fremde Wahlkampagnen einzumischen. Russland lasse nicht zu, dass man mit ihm in einem belehrenden Ton spricht.

„Ihr Wahlsystem ist archaisch: Darin gibt es keine Offenheit, es wird von der Gesellschaft nicht kontrolliert, es gibt kein einheitliches und effektives Institut internationaler Wahlbeobachter (...)“

„Wir lassen jene nicht mit uns in einem belehrenden Ton reden, die ihr parteiisch-politisches System zur Degradation geführt haben und dessen Ergebnis zu einem Angriff auf grundlegende Rechte und Freiheiten der Bürger wurde.“

Mit Hinblick auf die jüngsten Ereignisse im Kapitol sagte Wolodin, dass die von Sicherheitskräften festgenommenen Menschen nach dem Sturm des Kapitols in Washington zu echten politischen Gefangenen würden:

„Überall werden die Teilnehmer von nichtgenehmigten Aktionen von Washington als Kämpfer für Freiheit und Demokratie bezeichnet. Als sich dasselbe in den USA ereignete, bezeichneten sie diese Menschen als interne Terroristen, denen 15 bis 20 Jahre Haft drohen. Das werden die wahren politischen Gefangenen sein.“

Die USA hätten verfassungswidrige Gewalthandlungen in vielen Ländern goutiert und

unterstützt und sich dabei in ihre souveränen Angelegenheiten eingemischt.

„In Europa, im postsowjetischen Raum, im Nahen Osten, in Asien, Afrika, Lateinamerika.“

Nawalny

In Bezug auf die Situation um den russischen Blogger Alexej Nawalny geht Wolodin davon aus, dass hinter allen Handlungen des Kreml-Kritikers ausländische Staaten stünden.

„Heute wird Nawalny von westlichen Geheimdiensten, vom State Department als Instrument (der Einmischung) genutzt. Man muss verstehen, dass bei allem, was er tut, also dahinter, ausländische Staaten stecken.“

„Und wenn jemand das Land verraten hat, wenn er ausländische Mittel erhält, hat er in keinen Organen der Staatsmacht etwas zu suchen (...).“



https://cdn.snanews.de/img/07e5/01/13/583210_0:266:3072:1994_1440x0_80_0_0_5947b79e749e08f1192be5e0c3d661bb.jpg

snanews.de: Stiftung für Nord Stream 2 in Mecklenburg-Vorpommern gegründet

Die Umweltstiftung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, die auch den Bau der Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 trotz US-Sanktionen fördern könnte, ist laut der Regierung des Bundeslandes gegründet worden.

Die Stiftungsaufsicht im Justizministerium habe die Rechtsfähigkeit anerkannt, sagte Mecklenburg-Vorpommerns Energieminister Christian Pegel (SPD) der „Schweriner Volkszeitung“. „Damit ist die Stiftung gegründet und hat jetzt ihr eigenes Leben.“

Das von SPD und CDU regierte Mecklenburg-Vorpommern will die von den USA angedrohten Sanktionen mit der gemeinwohlorientierten Umwelt-Stiftung aushebeln. Die Stiftung soll Projekte im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz fördern, aber auch gewerblich aktiv werden können. Erwogen wird, durch ein eng an Nord Stream 2 angedocktes Wirtschaftsunternehmen der Stiftung Bauteile und Maschinen zu kaufen, die für die Fertigstellung der Gasleitung unerlässlich sind.

Am heutigen Dienstag werden die USA wohl offiziell weitere Sanktionen gegen die Gas-Pipeline Nord Stream 2 verkünden. Konkret geht es um Restriktionen gegen das russische Rohrlegeschiff „Fortuna“ und deren Eigner.

Darüber hat die US-Botschaft in Berlin am Montag die Bundesregierung informiert. ...

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij

Die ukrainischen Kämpfer, die in den Donbass gekommen sind, hat ein weiteres Mal ihre aggressiven verbrecherischen Absichten, die auf blutigen gewissenlosen Mord und ein unmenschliches Verhältnis gegenüber Menschen, die in Not sind oder ärztliche Hilfe benötigen, demonstriert.

Am 15. Januar kehrte auf einer der Kampfpositionen der Volksmiliz in Richtung Debalzewo ein Soldat, der das umliegende Territorium untersuchte, nicht an seinen Dienstort zurück. Zu dem Fall des Verschwindens des Soldaten Wiktor Walentinowitsch Kaluzkij haben das Kommando der Volksmiliz und die Militärstaatsanwaltschaft der LVR eine sorgfältige Ermittlung durchgeführt.

Durch die Ermittlung wurde festgestellt, dass der Verteidiger der Republik am 14. Januar angesichts ungünstiger Wetterbedingungen und praktisch keinerlei Sicht von der Route abkam und zufällig den Raum zwischen den Positionen überquerte und dabei zu den Positionen der 59. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Luganskoje kam.

Die Ergebnisse der Ermittlungsmaßnahmen erlauben es, mit Überzeugung die Schlussfolgerung zu ziehen, dass der Soldat Kaluzkij beim Herangehen an die Positionen des Gegners keinerlei Gefahr für die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte darstellte und keinerlei Aggression zeigte, dennoch wurde er kaltblütiger aus äußerst geringer Entfernung erschossen.

Am 18. Januar wurde dank kollektiver Anstrengungen von Funktionsträgern der Vertretung der LVR im GZKK, gesellschaftlicher Aktivisten und der Verwaltung der Republik die Leiche des gefallenen Soldaten der Volksmiliz Wiktor Walentinowitsch Kaluzkij in die Heimat zurückgebracht.

Wir erinnern uns an diesen Soldaten wegen seiner Kühnheit und seinem Einfallsreichtum, die er regelmäßig unter angespannten Bedingungen unter Lebensgefahr zeigte. Die Volksmiliz drückt den Verwandten des gefallenen Verteidigers ihr aufrichtiges Mitgefühl aus.

Am 19. Januar erhielt der Sanitätsdienst der Volksmiliz der LVR das Ergebnis des Republikanischen Büros für gerichtsmedizinische Expertise bezüglich der Untersuchung der Leiche des gefallenen Soldaten der Volksmiliz.

Die gerichtsmedizinischen Experten stellten fest, dass der Tod des Soldaten der Volksmiliz aufgrund von Schussverletzungen und fehlender Hilfeleistung eintrat. Es gibt direkte Hinweise, dass rechtzeitige ärztliche Hilfe das Leben des Menschen hätte retten können.

An der Leiche des Toten wurden Spuren chirurgischer Eingriffe festgestellt, und wir schließen nicht aus, dass diese erfolgten, um Beweise über das Vorhandensein verschiedener Arten von Drogen, psychotropen Stoffen oder Alkohol im Organismus zu fälschen, um die Personal des Soldaten und das Bild eines Verteidigers der LVR zu verleumden.

Die entsetzlichen Ereignisse zeugen klar von der Unmenschlichkeit und Brutalität der ukrainischen Kämpfer und bestätigen, dass der Hauptteil der bewaffneten Formationen der Ukraine aus Unmenschen mit Vorstrafen besteht, die zu einem Zweck in den Donbass kommen – um zu töten.

Für das unmenschliche Vorgehen der ukrainischen Kämpfer gibt es keinerlei Erklärung, denn die ehrlose Ermordung eines Menschen, der keinerlei Aggression gezeigt hat, sondern einfach vom Weg abgekommen ist, ist ein unmoralisches Verbrechen.

Die Soldaten der Volksmiliz ihrerseits verhalten sich menschlich gegenüber der Hilfe bedürftigen Kämpfern der ukrainischen Streitkräfte, unsere Ärzte kämpfen um ihr Leben, wenn sie dringende ärztliche Behandlung benötigen. Ein Beweis dafür ist der vor kurzem erfolgt Fall mit zwei Drogenabhängigen aus der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, wobei es den Ärzten gelang, mit erheblichen Anstrengungen einem von ihnen das Leben zu retten und ihm seinen erfrorenen Fuß zu erhalten, der zweite starb an einer Überdosierung. Wir rufen die Mitarbeiter der OSZE-Mission und die internationale Öffentlichkeit auf, die rechtswidrigen Handlungen der ukrainischen Kämpfer zu verurteilen, und das Kommando der ukrainischen Streitkräfte, die Kriegsverbrecher, die vorsätzlichen Mord zulassen, zur Verantwortung zu ziehen.

de.rt.com: Kreml über Verhaftung Nawalnys: Strafvollzug war nachsichtig während dessen Charité-Behandlung

Der Kreml hat die Verhaftung des russischen Oppositionellen Alexei Nawalny auf Anliegen des russischen Strafvollzugs kommentiert. Dmitri Peskow zufolge habe der Blogger mehrmals die Auflagen seiner Bewährungsstrafe verletzt, während die Behörde nachsichtig gewesen sei. Dmitri Peskow hat am Dienstag die Verhaftung des russischen Politbloggers Alexei Nawalny auf Forderung der russischen Strafvollzugsbehörde FSIN verteidigt. Auf seiner täglichen Presserunde sagte er den Medien, dass die Behörde mehrere Verstöße vonseiten Nawalnys hinsichtlich seiner Bewährungsstrafe registriert habe. Der Sprecher des russischen Präsidenten schloss eine Präferenzbehandlung für den Oppositionellen aus, indem er sich auf die FSIN-Statistiken berief:

"Die Statistik besagt, dass in den letzten drei Jahren insgesamt ungefähr 18.000 Mal gegen Bewährungsfristaufgaben verstoßen wurde. 18.000 Mal wurden daraufhin gewisse Maßnahmen ergriffen."

Auf die Frage, ob der Kreml etwa einen Widerspruch darin sehe, dass Nawalny aufgrund seiner medizinischen Behandlung in Deutschland den Regeln habe nicht nachkommen können, antwortete Peskow, er sehe hier keine Inkonsequenz:

"Zu der Zeit, als er tatsächlich im wahrsten Sinne des Wortes ein Berliner Patient war, stellte der Föderale Strafvollzugsdienst ihm keine Fragen und zeigte sich absolut flexibel und verständnisvoll. Als die Klinik dann aber bestätigte, dass sein Gesundheitszustand normal sei, tauchten diese Fragen auf."

Sollten Nawalnys Anwälte über andere Informationen zu den Rehabilitationsfristen ihres Mandanten verfügen, könnten sie diese dem zuständigen Gericht vorlegen. Zum Verlauf der Gerichtsanhörung am Montag sagte Peskow, dass alle Gerichte im Land seit mehreren Monaten angesichts der COVID-19-Pandemie in einem besonderen Modus funktionierten.

Am 17. Januar war Nawalny nach einer rund fünfmonatigen medizinischen Behandlung wegen eines angeblichen Giftanschlags aus Deutschland zurückgekehrt. Nach der Landung auf dem Flughafen Scheremetjewo wurde der Oppositionelle festgenommen und auf ein Polizeirevier in der nächstgelegenen Stadt Chimki gebracht. Am Montag fand dort eine Ausfahrtssitzung des Stadtgerichts von Chimki statt, das beschloss, Nawalny für 30 Tage unter Arrest zu stellen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.01/article/600705a748fbef7ba277524e.jpg>

abends:

snanews.de: Deutscher Konzern zieht sich wegen US-Sanktionen aus Nord Stream 2 zurück – Medien

Die USA haben am Dienstag weitere Sanktionen gegen die Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 verhängt. Aus Angst vor den neuen Beschränkungen hat der Mannheimer

Industriedienstleister „Bilfinger SE“ als erstes deutsches Unternehmen das Projekt verlassen. Die entsprechenden Unterlagen liegen der „BILD“-Zeitung vor.

Grund für die Entscheidung seien die drohenden US-Sanktionen, die das Unternehmen schon in wenigen Wochen hätten treffen können.

In zwei Schreiben – einer Ankündigung aus dem Dezember und einer Bestätigung in der vergangenen Woche – hatte Bilfinger den USA mitgeteilt, das man sich an die Bestimmungen des „Schutz des europäischen Energiesicherheitsgesetzes“ (PEESCA) halten werde und sämtliche Kooperationen und Verträge mit Nord Stream 2 gekündigt habe.

Die Firma hat nach eigenen Angaben aber das Schweizer Pipeline-Unternehmen „Nord Stream 2 AG“, deren Mutterkonzern der staatliche russische Energieriese Gazprom ist, kurz vor Weihnachten davon ins Kenntnis gesetzt. Allerdings hätten die Russen die Nachricht unbeantwortet gelassen, weshalb man in Mannheim nun befürchtet, von Nord Stream 2 verklagt zu werden.

Bilfinger hatte mehrere Verträge mit der „Nord Stream 2 AG“ abgeschlossen. Unter anderem „für die Entwicklung, Lieferung und Inbetriebnahme der Prozessleit- und Sicherheitssysteme für den Betrieb der Pipeline“, dessen Auftragsvolumen 15 Millionen Euro betragen hätte.

Außerdem schloss Bilfinger mit den Russen einen Vertrag über „das Engineering, die Lieferung, Montage und Inbetriebnahme einer 90 MW + 30 MW Reserve erdgasbefeuelten Wärmeerzeugungsanlage“ beim deutschen Anlandepunkt der Pipeline in Lubmin.

US-Sanktionen gegen Pipeline

Wie aus der Webseite des US-Finanzministeriums hervorgeht, haben die USA am Dienstag Sanktionen gegen das russische Rohrlegeschiff „Fortuna“, das die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 verlegt, sowie gegen seinen Eigner – Firma „KBT-Rus“ – eingeführt. Auf der Sanktionsliste stehen ebenfalls sechs weitere Schiffe, darunter auch die unter der russischen Flagge fahrenden Öltanker „Maxim Gorki“ und „Sierra“. Darüber hinaus fielen das in der russischen Region Krasnodar registrierte Unternehmen „Rustanker LLC“ und 14 Unternehmen aus Italien, der Schweiz, den USA, Venezuela, Malta und Großbritannien unter die Sanktionen. Die Liste enthält auch drei Personen – sie sind Bürger der Schweiz, Italiens und Venezuelas. ...

snanews.de: New York schaltet russisches Generalkonsulat vom Telefonnetz ab

Die Stadt New York hat in dem dort befindlichen russischen Generalkonsulat alle Telefonleitungen abgeschaltet. Nach Angaben der Auslandsvertretung gibt es auch Schwierigkeiten beim Internetzugang.

Demnach hat die amerikanische Seite am 18. Januar alle städtischen Telefonleitungen des Generalkonsulats abgeschaltet. Zwischendurch würden auch Probleme beim Internetzugang auftreten, so ein Vertreter des Generalkonsulats. Russische Staatsbürger hätte große Mühe, sich mit der konsularischen Vertretung in Verbindung zu setzen.

Die amerikanische Seite begründete dies mit technischen Schwierigkeiten. Angeblich lasse sich das Problem schon seit zwei Tagen nicht beheben. „So etwas hat es zuvor nicht gegeben. Es geht hier nicht um eine oder zwei Telefonleitungen – sondern um eine große Anzahl. Als wären alle auf einmal abgeschaltet worden“, sagte der Vertreter.

Im Dezember vergangenen Jahres warf die russische Botschaft Washington vor, einen Visakrieg angezettelt zu haben. Der Vorwurf kam als Reaktion auf eine Veröffentlichung in den US-Medien, in der mit Verweis auf das amerikanische Außenministerium berichtet wurde, die Botschaft der Vereinigten Staaten in Moskau sei unterbesetzt und überlastet. Als Grund wurden „sich hinziehende Verhandlungen“ bezüglich der diplomatischen Visa angegeben. Darüber hinaus hieß es, die USA könnten ihren Technikern keine Visa ausstellen, damit diese in der besagten Botschaft defekte Fahrstühle und Feuermelder wieder in Stand setzten. Zudem müssten hochrangige Diplomanten eigenhändig den Schnee wegräumen und mit Desinfektionsmitteln hantieren. Die russische Botschaft bezeichnete die Berichte als unwahr.

Die russische Seite bemängelte daraufhin die von den USA aufgezwungene Praxis des „Visaaustauschs“. Damit ist die Visa-Ausstellung für Mitarbeiter russischer Auslandsstellen gemeint, die nur im Gegenzug einer Einreisegenehmigung für amerikanische Arbeitnehmer erfolgt.

Die Vereinigten Staaten kündigten Ende letzten Jahres die Schließung des Generalkonsulats in Wladiwostok an. Unter anderem soll die amerikanische Repräsentanz in Jekaterinburg vorerst ihre Geschäfte einstellen. Es seien jedoch keine Maßnahmen gegen russische Auslandsvertretungen geplant, hieß es. ...